

**Regionalkonferenz
der Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder
sowie Gespräch mit dem Bundeskanzler
und dem Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland
am 22. Juni 2023 in Chemnitz**

Beschluss

TOP 1.3.3 Gründung der Initiative für Wasserstoff in Ostdeutschland (IWO)

1. Die Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Bundesländer gründen den gemeinnützigen Verein „Initiative für Wasserstoff in Ostdeutschland“. Der Verein soll in das Vereinsregister eingetragen werden und führt danach den Zusatz „e. V.“
2. Der Bund tritt dem Verein als Netzwerkmitglied bei.
3. Ziel des Vereins ist es, Wasserstoff als Energieträger und Rohstoff sowie die Nutzung seiner Potentiale für den Klima-, Umwelt und Ressourcenschutz in Ostdeutschland voranzubringen. Dazu soll mit dem Verein eine Plattform entstehen, die die Zusammenarbeit zwischen den ostdeutschen Ländern, aber auch mit der Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung, unterstützt und befördert.
4. Die ostdeutschen Länder und der Bund verständigen sich auf den als Anlage beigefügten Entwurf der Vereinssatzung. Sie nehmen in Aussicht, die Satzung bei ihrer nächsten Konferenz am 7. Juli 2023 zu unterzeichnen und bitten den MPK-Ost-Vorsitz, bis dahin zu prüfen, ob eine persönliche Haftung der Personen, die die Mitglieder des Vereins im Vorstand vertreten, durch eine Regelung in der Satzung explizit ausgeschlossen werden muss. Sie ermächtigen den MPK-Ost-Vorsitz, bis zur Unterzeichnung der Satzung notwendige redaktionelle Korrekturen vorzunehmen.
5. Der Mitgliedsbeitrag der ostdeutschen Länder soll jährlich jeweils 100.000 Euro betragen. Der Bund unterstützt den Verein durch einen einmaligen Beitrag in Höhe von 500.000 Euro.
6. Die Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder vereinbaren, spätestens im Jahr 2026 den Verein hinsichtlich der Erreichung der in der Satzung festgelegten Ziele und Zwecke zu evaluieren.